

**Bezugspreise:**

Der Hefte monatlich bei postmöglicher Zahlung am 7. d. Monats. Einzelhefte 22.50 Mk., auch bei Post monatlich 8.25 Mk., bei Teilzahl. 24.75 Mk. Einmal. Zustellungsgebühr. Die Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. In amtlich, Zeitungsverzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redaktionsrat mit der Geschäftsleitung. Code-Zeitung gestiftet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

**Abend-Ausgabe.**

**Zweiteilung**

Fünf- und fünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**

Die 8 Spaltenre 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., zum Anzeigen 40 Pf., Restzeilen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenstände. Erfüllungsort Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Geschäftsleitung und Geschäftsstellen: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Braubachstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Wiltbergstr. 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4099.

Nr. 12.

Halle, Sonnabend, den 8. Januar 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

**Die Kälte um Frankreich.**

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Zwei Jahre lang war die Politik des Verbandes erfolgreich demütigt, das Miktrauen, das zwischen den Vätern immer von neuem entstand, auf Deutschland abzuwenden. Die Wortführung, als sei das bejahte Reich noch immer eine, vielmehr die gemeinsame Gefahr, ergab eine Formel, an deren Schwere zuerst noch niemand mehr glaubte, die sich jedoch in der Anwendung als sehr brauchbar erwies. Bedient haben sich dieses Mittels, „volles Einverständnis“ herzuheilen, alle Verbandsmitglieder, mittels am ersigsten auf Frankreich; nicht nur, weil die tatsächlich beschleunigten Empfindungen bei ihm am härtesten sind, sondern mehr noch, weil bei einem Offenbarwerden der weislichen Gegenläufe Frankreich am meisten zu verlieren hatte.

Aus diesem Grund hat Frankreich auch jetzt, während die Deutschaufnahme die anderen föhlich erwidert, auf eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten gedrängt und fällt das Programm der Konferenz mit lauter vom Verbandsstandpunkt ziemlich nebenwärtigen „deutschen Fragen“, darum fordert es die „Entwaffnung“ mit einer Kleinigkeit, die unbedeutend wäre, wenn man nicht annehme müßte, daß die französischen Politiker bei den Einwohnern, die sie in Frankreich, die sich ihnen nicht an ganz andere, Deutscher, nur mit dem herrschenden Sinne den Empfindungen, den die Dinge hat nach der „Tempt“ einiges beraten, als er die Versicherung auszusprechen, England wolle, indem es Deutschland schüge, durch das überlebens Mittel des europäischen Madtagschicks die eigene Weisheitspolitik befestigen. Wie man über solche Weisheit aus dem: mit ihr ist ein Laubfeld ausgedrückt, den Frankreich und den die von ihm verlangte Konferenz der Ministerpräsidenten vergeblich zu verbergen trachtet. Die „deutsche Frage“, wo immer sie heute amigsten den Verbandsmitgliedern erwidert wird, ist nur noch ein Sinnbild und Gleichnis. Man spricht von der deutschen Gefahr und meint die Schwierigkeiten, die zwischen der Weisheit entstehen. Kann ein Verbandsmitglied heute die finanziellen Verhältnisse Deutschlands erkennen, ohne dabei den Wert der internationalen Beziehungen, die Entwaffnung, ohne an die Bedrohlichkeit der Weltkriegen zu denken? Bezog man früher, bei der Frage mehr oder weniger mitleidlich auf Deutschland, so kam man jetzt keine „deutsche“ Frage heranzu, ohne ihres Zusammenhangs mit den Problemen der Weisheit unbedacht inne zu werden. Dieser (sichere) gemeinsame überlegen Bedeutung des Stützpunkts „Deutschland“ ist sich, trotz aller gewollten Einseitigkeit, auch Frankreich bewußt. Aber die anderen wissen es erst recht und antworten daran, wenn Frankreich die „deutsche Frage“ in das Bedrückte wirft, nicht dem Wort, sondern gleich — dem Gedanken.

Es tun es, natürlich, in föhlich abwendender Form. Das hässlichste Merkmal in Frage, mit sich beschleunigendem Schritt, mochte man sich denn in Frankreich bewußt? Die Ministerkonferenz werde doch föhlich das gewohnte volle Einverständnis ergehen, und wenn es bedeutende Entscheidungen nicht treffen könne, so lege das daran, daß die Frage der oberflächlichen Weisheit noch ungelöst sei und daß die Entscheidungsfrage mit ihr zusammenhängen. Deutscher kann die eigentliche Sache nicht ändern. Ein Teil von ihr erklärt die beständige Einwohnern für nicht nur ungelöst, sondern notwendig zum Schutz Europas gegen den fühligen Bolschewismus; mindestens müsse man dem Reich, das seine Weisheit in allem Weisheit erfüllt habe, Zeit lassen. Wodurch waren Amerika nachdrücklich die Franzosen, deren Versuch gegen das Reich nicht erwidert, daß mit der beständigen Einwohnern für eine Frage der Zeit aus der „Ländchen“, eine jetzt bezügliche Haltung für einen Staat, der sich gerade jetzt mit Japan und England über die Frage unterhält, wie man ein Weisheit der drei Meeresterritorien vermeiden und doch dabei verhindern könne, daß die Seemächte zweiten Ranges, Frankreich und Italien, bei dieser Gelegenheit den Abstand verringern. Klar sehende Franzosen erwarten daher von der Ministerkonferenz außer der amtlichen Einigkeit nichts. Sie wissen, daß die Deutschaufnahme „Deutschland“ heute mehr entzündet wirkt als verhalten.

**Die Brüsseler Konferenz.**

Wie die „D. Allg. Ztg.“ mitteilt, begibt sich der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, Schroeder, Anfang der nächsten Woche in Begleitung von zwei Sachverständigen nach Brüssel, um mit sich noch vor dem auf den 15. Januar festgesetzten Weisheitsministerium der Brüsseler Konferenz Verhandlungen mit der belgischen Regierung über Einlösung der in Belgien angekauften etwa sechs Milliarden Mark deutschen Papiergeldes wieder aufzunehmen.

**Der Reichsfinanzminister über die Finanzlage.**

In der Freitagssitzung des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichstages legte der Reichsfinanzminister Dr. Brüning in längerer Ausführungen die Finanzlage und die Deckungsmöglichkeiten des Reichsfinanzministeriums für das vorhandene Defizit dar. Aus den Mitteilungen des Finanzministers, die zum größten Teil für unverständlich erklärt wurden, ging hervor, daß der Etat neuerdings wieder dadurch eine sehr erhebliche Belastung erfahren wird, daß das Kabinett aus politischen Gründen in Abwesenheit des Finanzministers beschließen hat, ein Entschlossen gegenüber den Forderungen

der Eisenbahner zu zeigen. Falls diese Forderungen in der Höhe bewilligt werden sollten, wie sie beantragt sind, so würde sich daraus eine Mehrbelastung von etwa sechs Milliarden Mark ergeben. Dazu kämen aber eventuell noch die Ertragsergebnisse, die Gemeinden und Länder aus den automatisch sich ergebenden Zusatzforderungen ihrer Beamten erheben würden. Der Finanzminister erklärte, daß er seine Stellung zu einem Entschlossen gegenüber den Beamten im Kabinett und im Reichstag davon abhängig machen werde, daß für die eventuellen Bewilligungen auch gleich die Deckungen sichergestellt würden. Der Minister sagte im wesentlichen die Forderungen der Eisenbahner, die Ertragsergebnisse der Postgebühren neben verschiedenen Steuern als Deckungsmöglichkeiten ins Auge. Das Budget des Jahres 1921 wird nach der Auffassung des Finanzministers, die er im einzelnen auseinander setzte, unter der Voraussetzung, daß die bisher im Ordinarium verbuchten Zuschüsse für die Ernährungswirtschaft aus Extraordinarium genommen oder ganz vermieden werden können, in ordentlichen Etat einen Mehrbedarf von mindestens 7 Milliarden Mark ergeben.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen ging der Finanzminister dazu über, die neugeplante Steuer- und Ertragssteigerung zu erörtern, wobei er ausdrücklich hervorhob, daß ein weiterer Ausnahmefall direkter Steuern unmöglich sei. Der Minister ließ auch keinen Zweifel daran, daß nach der bisherigen Steuerermittlung die endgültigen Bedürfnisse des Reiches namentlich nach der Festsetzung der Einkommensteuer nicht gedeckt werden können. Dazu müssen neue Wege eingeschlagen werden. Insbesondere wird sich zeigen, daß jede Finanzpolitik letzten Endes Wirtschaftspolitik ist und dann, so folgter der Finanzminister, wird die große Stunde des Reichswirtschaftsrats gekommen sein. Denn dann ist der Rat der Sachverständigen notwendig.

Die Anregungen in der Debatte berührten wesentlich die Frage der Lebensmittelpolitik und die Ertragssteigerung. Bei den letzteren Redebeiträgen waren die ausführlichsten Darlegungen von Max Cohen über die Befragung wesentlicher Mengen von Devisen für deutsche Ausfuhr im Ausland von seitens der Industriellen. Der Reichsfinanzminister verlangte eine Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates zu dieser für ihn und für den Reichswirtschaftsminister besonders wichtigen Frage. Es wurde darauf beschloffen, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen die Frage der Wiedererteilung der aus dem Export gewonnenen Devisen zu legen und zu der Verhandlung der Reichsminister der Finanzen, der Wirtschaft und der Ernährung, sowie der Präsidenten der Reichsbank zu laden.

In einem Schlußwort sagte Georg Herrhard als Vorsitzender des finanzpolitischen Ausschusses den Einlad der Darlegungen des Finanzministers auf die Ausschussmitglieder dahin zusammen, daß nicht bloß die hohen Ziffern des Bedarfs, sondern beinahe mehr noch die parteipolitischen Schwierigkeiten, die allen Steuerprojekten im Kabinett und im Reichstag bereitet werden, das schwerste Hindernis einer wirklichen Sanierung der deutschen Finanzen sei. Daraus gehe hervor, wie wichtig und wie dringend die Aufgabe sei, die sich gerade der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats gestellt habe, ein Reformprogramm für die Finanzen durch Sachverständige unberührt von den parteipolitischen Strömungen anzulegen.

Wie die „D. Allg. Ztg.“ erfahren, möchte der Finanzpolitische Ausschuss im weiteren Verlauf der Sitzung einen Steuerkontrollauschuss, der die wichtige Aufgabe haben soll, alle Erlösen und noch zu erlassenden Steuerergänze auf ihre politische Rückwirkung hin dauernd zu prüfen.

Die nächste Sitzung des Finanzpolitischen Ausschusses findet am Mittwoch, dem 12. Januar 1921, nachmittags 4 Uhr, statt. Tagesordnung: Beratung der Novellen zum Reichseinkommensteuer- und zum Reichsnotopfergesetz.

**Ein Gutachten über Oberschlesien.**

Der Chefdeputierte der „Independance Belge“ und Leiter des Soldatensyndikats Barnas ist von der Wiedergutmachungskommission zur Abfassung eines Berichtes über den Zusammenhang des Reichsdefizits mit Deutschland und Polen beauftragt worden und daran anschließend eines Gutachtens darüber, ob die Trennung Oberschlesiens für Deutschland die Wiedergutmachungsleistung unmöglich machen würde. Der Bericht soll bereits für die Sachverständigenkonferenz in Brüssel vorliegen.

**Die Beamtenbefoldungsfrage.**

Im Verlauf des Freitagssitzungen haben im Reichsfinanzministerium Besprechungen über die Erhöhung der Leuzungszuläge mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und der Eisenbahner-Gesellschaften stattgefunden, an denen unter anderen auch der Reichsfinanzminister und Reichswirtschaftsminister und das Reichsfinanzministerium beteiligt waren. Diese Besprechungen über den noch langen Verhandlungen zu einer Verständigung auf der Grundlage der im Reichsreformgesetzministerium mit den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Vereinbarungen bis auf einen Punkt, in welchem der Deutsche Beamtenbund glaubte, seine Bedenken nicht zurückziehen zu können. Es sind nunmehr

mehr die Grundlagen geschaffen für die Entscheidung des Reichsfinanzministers und des Reichsministeriums, nachdem zuvor Verhandlungen mit den Länderregierungen stattgefunden haben werden.

**Arbeiterdemonstration in Essen.**

Essen, 7. Jan. Anlässlich der wegen der März-Unruhen erfolgten Verhaftung des Betriebsratsmitglieds Schlichter von der Firma Krupp demonstrierten mittags nach der Arbeitszeit etwa 27000 Arbeiter, Angestellte der Firma. Auf dem Burgplatz wurde eine längere Entschlossenung verlesen, in der die sofortige Freilassung des Betriebsratsmitglieds gefordert und der Reaktion schärfer Kampf angelegt wird. Nachdem der Vorsitzende des Kruppischen Betriebsrats die Verurteilung angefordert hatte, ruhig auseinanderzugehen, fand die Demonstration ihren Abschluß.

**Die Unsicherheit in Oberschlesien.**

Seitdem die Interalliierte Kommission die Sino in Oberschlesien durch die Sino erlegt hat, die föhlich einseitig polnisch-französisch zusammengesetzt ist, hat die allgemeine Unsicherheit einen kaum noch erträglichen Zustand für die Bevölkerung Oberschlesiens geschaffen. In den letzten vier Monaten wurden dabei 45 Morde verübt, darunter in dem Kreise Beuthen 13. Dabei ist es der Polizei nur gelungen, in 5 Fällen ein Verbrechen durchzuführen, während die Mörder überhaupt nicht gefasst werden konnten. Diese unangehörigen und unerträglichen Zustände haben die gesellschaftlichen Vertreter der Gesamtbevölkerung Oberschlesiens veranlaßt, bei der Interalliierten Kommission föhlich Beschwerde zu erheben. Bemerkenswert ist besonders, daß bei dieser Gelegenheit auch die polnischen Gemeindefunktionäre durchaus einseitig mit ihren deutschen Kollegen für Besserung der Verhältnisse eintraten. Sie forderten eine wesentliche Besserung der Grenzkontrolle nach allen Seiten hin und schloffen die gegenwärtige Unsicherheit auch vom Standpunkt der polnischen Bevölkerung aus als föhlich gefährlich. Die Interalliierte Kommission verspricht zwar energisches Durchgreifen, aber zunächst sind das nur Worte, denen die Taten noch folgen müßten. Im Hinblick auf die kommende Abstimmung ist es ganz unerlässlich, daß die allgemeine Unsicherheit beseitigt wird, da sonst eine geordnete Verhandlung überhaupt nicht denkbar ist. Nicht nur, daß Einkünfte der polnischen Gemeindefunktionäre von der Abstimmung der Abstimmung ferngehalten würde; es würden auch im Hinblick auf die Abstimmung die polnischen Gemeindefunktionäre zum Ausdruck kommen, gegen die alles frühere Kardinale sein dürfte. Die Interalliierte Kommission hat mit ihrem Eingriff in die polnischen Einrichtungen Oberschlesiens zugleich die Verpflichtung übernommen, ihrerzeit Ruhe, Ordnung und Sicherheit für die Bevölkerung zu garantieren. In diese Verpflichtung kann sie nicht einbüßlich und häufig genug erinnert werden.

**Der Übergang Westungarns an Österreich.**

Eine Note der Pariser Botschaftskonferenz betreffend Westungarn an den Botschafter der ungarischen Reichsregierung erklärt, daß Botschaftskonferenz beschlossen, daß Westungarn an Oesterreich zu übergeben sei, die es an Oesterreich abtreten werde. Die zweifelhafte Übergabe werde durch Vermittlung eines internationalen Kommission in Odenburg stattfinden.

Nach einer Mitteilung des „Tempt“ reist als Vertreter der französischen Regierung Jean Lanterne nach Wien, um die finanzielle Lage Oesterreichs zu studieren.

**Der französische Einfluß in der Tschechoslowakei.**

(Von unserem Prager Berichterstatter.)

Der Abgang des Chefs der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei, des Generals Belle, wird zwar in der Defensivität ziemlich harmlos hingestellt und so gewertet, als ob lediglich die Verwendung Belles in Rom, Pantinovel — also auf einem scheinbar wichtigeren Posten — die einzige Ursache des Abganges des Generalismus des tschechoslowakischen Armee wäre.

Und doch liegen die Dinge viel tiefer. General Belle ist der tschechoslowakischen Republik bei ihrer Bildung von der französischen Republik zur Verfügung gestellt worden. Er hat die tschechoslowakische Armee, die sie ihm heute darbietet, organisiert, und er wollte aus ihr ein Heer der französischen Politik im Südosten Deutschlands machen. Er wollte aber vor allem auch den tschechoslowakischen Militarismus zu einem starken Bollwerk, ja zu einer Angriffswaffe gegen den russischen Bolschewismus gestalten. Wenn ihm auch gelang, eine Armee von etwa 150000 Mann stehender Truppen zu organisieren — für die kleine tschechoslowakische Republik mit kaum 13 Millionen Einwohnern eine schwere Belastung — wenn es ihm auch gelang, diese Armee mit einem antideutschen Instinkt zu erfüllen, so war das bei der tschechoslowakischen Stimmung des tschechoslowakischen Volkes doch nicht eine große Leistung. Ganz gewiß ist es ihm aber nicht gelungen, die tschechoslowakische Armee zu einem Bollwerk gegen den Bolschewismus auszugestalten. Im Gegenteil. Gerade in der tschechoslowakischen Armee haben die Bolschewisten die besten Ideen einen Umfang erreicht, der ihr einen guten Teil ihrer Aktionskraft nimmt. An eine Intervention gegen Rußland ist unter solchen Umständen gar nicht zu denken.

Trotzdem der französische Militarismus sich in der tschechoslowakischen Republik einen geradezu ungeheuerlichen Einfluß

verhoffte, trotzdem fast in jeder städtischen Garntion ein ganzer Haufen französischer Offiziere sitzt, konnte aus dieser Armes doch kein geeignetes Instrument der französischen Republik werden. Außer dem Haß gegen Deutschland hat dieser Staat und diese Armes nichts mit der französischen Republik gemein. In allen anderen Säckeln mag die städtische Republik für Frankreich manche Enttäufung gebracht haben.

General Bells geht von Prag mit einer Enttäufung. Der Organisationschef der tschechoslowakischen Militärmission, der Chef der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei und der Kommandant des tschechoslowakischen Generalstabes, wie er sich beziehungsweise nannte, selbst aus ganz anderen Gründen, als der tschechoslowakische Offizier der Welt weisemachen möchte. Er schreibe, weil er seine Aufgabe nicht gelöst hat. Bald wird man in Warschau erfahren, daß diese Aufgabe niemand lösen kann. Der tschechoslowakische Staat mag noch so sehr unter der französischen Kuratel gelitten werden: eine feste innere Einheit, eine stoffliche Basis nach außen hin und nicht er nie bilden. Dazu ist dieser Staat viel zu sehr erleichtert von der Dumpfen sozialer und nationaler Natur, die letzten Endes ihre Ursache im Friedensvertrag von Versailles und Saint-Germain haben.

### Ein weißer Kabe.

Gustave Stern ist wahrhaftig kein Deutschfreund, aber daß er sich den klaren objektiven Blick gegenüber Deutschland macht, beweisen die folgenden Sätze, die wir einem Beitrag seiner „Victoire“ entnehmen.

„Die englischen Staatsmänner, die nicht immer ganz klar sehen, besonders in den türkischen und russischen Angelegenheiten, haben wenigstens den Vorzug nicht vermissen zu werden, sich nicht in Bagatellen zu faszinieren und nicht zu fürchten, daß man alles verloren sei, weil das zu Dreierlei entworfenen Deutschland die Landespolizei, eine erstklassige Sicherheitsmafie und Bürgerwehren unterhält, sowie eine stärkere Artillerie auf der, den russischen Einfällen ausgesetzten Grenze. Es liegt klar auf der Hand, daß die britische Regierung die Befürchtung hegt, der polnische Staat werde von der bolschewistischen Futur überwunden und daß sie für diesen Fall gern möchte, daß der deutsche Damm wenigstens klar genug sei, der roten Flut Widerstand zu leisten. In diesem Punkt, will uns scheinen, steht die britische Regierung richtig.“

### Eine drohende Gefahr der interalliierten Rheinlandkommission.

„Aus Mainz wird dem „Main“ der folgende Wortlaut eines Beschlusses der interalliierten Rheinlandkommission veröffentlicht: „Um den wesentlichen Bedürfnissen der Besatzungsarmee im Falle einer Mobilisation zu dienen, hat die Interalliierte Kommission in den Rheinlanden einen Besatzungsbezirk, bei der Zählung der Hilfsmittel anordnet, die für militärische Zwecke benutzt werden könnten.“

## Deutsches Reich.

Der Haushaltsausgleich des Reichstages wird am Dienstag, dem 11. Januar, wieder zusammengetragen und mit der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums des Innern beginnen.

**Handelskammernwahlen.** Das Reichstagsmengesetz für die Neuregelung der Organisationen der Handelskammern ist noch nicht erlassen. Das preussische Handelsministerium hat ein Komitee zur Aufklärung geschaffen und hat der Landesversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die Handelskammern aus den vereinigten Handelsministern auf Grund des öffentlichen und geheimen Wahlrechts ausgeschieden werden können.

**Zum Landtagswahlkreis für die preussischen Landtagswahlen** ist der Präsident des preussischen Staatlichen Landesamtes, Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Saenger, und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Staatlichen Landesamtes, Regierungsrat Dr. Hoepfer, ernannt worden.

**Zum Streik in Hamborn** wird mitgeteilt, daß die Gewerkschaften aller Richtungen den Streik mißbilligen und einen Aufruf an die Arbeiter erteilen werden, sich auf keinen Fall an von unorganisierten Seite angeregten Arbeitsunterbrechungen zu beteiligen.

**Unterhaltungsausschüsse der „Saxer Zeitung“.** Sonntag, 8. Januar. Inhalt: Hildebrin. Novelle von Paul Ernst. — Bemerkungen. Bericht von Adolf Kallau. — Wästen Sie schon? Von Alexander Woloski. — Entree von Dandel-Blasett. Von Paul Borg. — Räsel.

### Annäherung.

Von Martin Bruchmann.

(Nachdruck verboten.)  
Frau Broden und Frau Volkner haben sich beim Tee der Geheimrätin kennen gelernt. Sie haben einen gemeinschaftlichen Nachbarnes.

Frau Broden ist die Gattin eines Kaufmanns, Frau Volkner die Gattin eines Arztes, eines Spitzenarztes. Beide sind einfach und geschnitten geliebt.

„Wir sind im Elternhaus streng erzogen worden“, sagt Frau Broden, „und darum habe ich auch darauf, daß meine beiden Brüder sich an Bescheidenheit und Einfachheit gewöhnen. Des Abends zum Beispiel bekommt jedes Kind ein Glas Butterbrot und eine Tasse Kaffee. Wurst, Schinken und dergleichen, das ist durchaus nicht nötig für die Kinder. Wir leben hier auch ganz einfach und bescheiden. Mein Mann lebt im überreichen Luxus nicht.“  
„Weiß“, antwortet Frau Volkner. „Man läßt unrecht, ergebe man die Kinder zur Leppigkeit. Man kann nie wissen, was es ihnen geht, wenn sie groß sind. Hab sie werden ganz anderen Dingen hängen lassen, wenn sie nicht von Jugend an zur Bescheidenheit erzogen wurden. Die Belten sind schöner; der Kampf um die Existenz ist erhöht. Es wird den jungen Leuten nicht leicht gemacht, sich durchzusetzen.“  
„Wie mag“, läßt Frau Doktor Volkner. „Wir, die wir in besseren Verhältnissen leben, müssen gar nicht, wie ich schon sagte, die heute tun. Man hat die Pflicht, sich gewisse Einschränkungen aufzuerlegen. Darin stimme ich mit meinem Mann vollkommen überein.“

„Du kommst spät nach Hause“, sagte Herr Broden. „Es ist 7 Uhr, und auf 8 Uhr sind die Gäste geladen.“

**Finanznot in Preußen.** Infolge der Abfederung der Grundsteuern fallen 500 Millionen Mark in Preußen aus. Um diesen Ausfall zu decken, sollen nach dem Beschluß des Reichstages vom 100 Millionen Mark erhöht werden, die Fortschleppung der Landesverpflichtungen, die Fortschleppung der Landesverpflichtungen aus dem Endbesteuerungsgehalt nicht erhöht werden. Unter diesen steigen aber auch in Preußen die Ausgaben. Es wurde eine Nachtragserhöhung für die Grobberliner Polizei in Höhe von 12,5 Millionen Mark angenommen.

## Auslands-Rundschau.

**Die deutsche Botschaft in Rom.** Ein in der Kammer ausgegebener Bericht über den Verkauf eines Palastes für die deutsche Botschaft in Rom stellt fest, daß auch Frankreich und England Deutschland seine Botschaftsgebäude zurückerhalten und selbst für den Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, von der Bitte über zu beschleunigen die Güter ausgenommen haben. Ein Vertrag über den Verkauf des Palastes Viktor von vier Millionen Lire für die italienische Staatskasse ist abgeschlossen worden. Die italienische Staatskasse bleiben und der deutschen Botschaft zur Benutzung übergeben werden würde. Die Tapeten, Standbilder und Dekorationen im ersten Stock werden auf 200 000 Lire ungefähr geschätzt. Sie werden ebenfalls von italienischen Staaten angekauft werden und an ihrem Platz bleiben.

## Provinzial-Nachrichten.

**Haberstadt, 8. Jan.** (Das Jahrbuchensystem.) Man macht in Haberstadt ansehender, daß die Aufhebung des Schatzkammerbetriebs und der Wasserführung der Zehlfeldherren bereits feststehende Erfahrungen. Die Stadt wendet sich jetzt an die Öffentlichkeit mit der Bitte, nicht alle möglichen Klagen und Beschwernisse in die Karten zu werfen, sondern nur die dazu bestimmten Jahrmärkte zu benutzen. Auch wird die Bevölkerung aufgefordert, auf blinde Jahrgänge zu achten.

**Ufen, 8. Jan.** (Ueberfall.) Auf der Landstraße zwischen Ufen und Delau wurde ein Raubfahrer von drei Straßen überfallen. Sie zwingen ihn mit dem vorgehaltenen Revolver, seine Brieftasche mit 6000 Mk. Inhalt herauszugeben. Auch den Hund und das Fahrrad nahmen sie ihm ab. Die Räuber sind unerkannt entkommen.

**Naumburg, 8. Jan.** (Generalleutnant z. D. Eugen Wentzler) ist hier im Alter von 64 Jahren gestorben. Von 1890 bis 1907 fand der Versterbende als Major und Abteilungskommandeur in Naumburg. Später wurde er Kommandeur des 75. Feldartillerie-Regiments in Halle. Seit 1913 Kommandeur der 20. Feldartilleriebrigade Hannover. Im Kriege war er zunächst Militärgouverneur der Provinz Westfalen, später Kommandant des Truppenübungsplatzes Beverloo.

**Jena, 8. Jan.** (Das Stadtvorordneten-Präsidium.) Während der Gemeinderat in vorigen Jahre ein vorläufiges logisches Präsidium bilden wollte, ist die Gemeinderatssitzung jetzt aus dem Präsidium vollständig ausgeschaltet. In der gestrigen Sitzung wurde der Rentier Wilhelm Vitz (Bürgerliche Fraktion) mit 21 gegen 19 Stimmen, die auf den bisherigen Vorsitzenden, den sozialdemokratischen Redakteur F o b e r, entfielen, zum Vorsitzenden gewählt. Die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden fiel auf den Medizinalrath Dr. C r e l i g a (Dem.). Weitere Sekretariate wurden nicht gewählt, nachdem es die Sozialdemokraten auf Grund des Ergebnisses der bisherigen Wahl abgelehnt hatten, Mitglieder ihrer Partei in das Präsidium zu entsenden.

**Schleiz, 8. Jan.** (Der im hiesigen Kohlenamt angestellte Franz Ludwig wurde aus städtischen Diensten entlassen, weil er ungebührliche Kohlenverkäufe vornahm, den Erlös aber nicht an die Kammerie abführte. Bis jetzt sind Verurteilungen in Höhe von 7500 Mk. festgesetzt. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben.)

**Wienach, 8. Jan.** (Bei der Wahl des Gemeinderats in Wienach) trat die Mehrheit der Führer der Deutschen Volkspartei gegen die mit der Deutschnationalen Volkspartei verbundene Liste hatte und nach ihrem Ständepunkte den ersten Vorsitzenden hätte lassen

„Du weißt doch, daß die Wamsel und die Mädchen das tabellos machen. Sieh hinein, die Fasel ist gebast. Aber der Waigiladen hat sich selbst besorgt. Und das Essen ist ganz einfach: Einige Bienen Honig, Sardinen, Sardinen, Sardellen, Quark, etwas Hummer, Gerstentuten und so weiter, dann Aufschnittplatten, kaltes Braten, Zunge, etliche Salate und Kompotte und Käse. Nach ein paar Stunden Woffa und gegen Winternacht eine Eisbombe. Zum Essen Tee, und hernach macht die Wamsel eine Bönne...“

„... und wie war's heute nachmittag bei der Geheimrätin? Kleinstig? Kerntig?“

„Nicht einmal. Es war sehr nett. Und ich habe eine reizende Bekanntschaft gemacht, eine Frau Doktor Volkner, die Gattin eines Spitzenarztes. Eine kluge und sympathische Frau. Ich werde sie demnächst zum Tee einladen.“

„Warum nicht? Wenn ihr zueinander paßt.“

„Rein, weißt du, das ist so ein: Geheiligte heute mit den Akademikern. Die Leute haben eben ein gar so geringes Einkommen. Glaube mir, ich schäme mich manchmal, wenn ich an unser Leben denke... Unmühselig macht man sich solchen Leuten gegenüber kleiner. Ich habe ihr von unserem einfachen Leben erzählt...“

Dr. Volkner empfängt seine Frau in freudiger Stimmung.

„Griechel, eine Freudenschilderung. Ich werde als Privatdozent zugelassen. Ganz abgesehen von dem angenehmen Arbeitsfeld, das ich mir da erwirbt, auch petuniar ist die Sache allgemein erfreulich. Ich werde immerhin jährlich zweihundert Mark mehr verdienen. Unterdies das nicht. Wir können es uns dann mit ruhigem Gewissen leisten, ab und zu unieren Warten zu essen, und für die Kinder kann du dann Mehl ins Haus tun und dir auch ab und zu etwas Zucker kaufen... Na, und heute nachmittag? Hast du dich gut unterhalten?“

„Es war sehr nett. Eine neue Bekanntschaft habe ich auch gemacht. Eine Frau Broden, die Frau eines Kaufmanns oder Industriellen. An und für sich eine sehr sympathische Frau, leider aber scheint sie gerne zu renommieren. Ich weiß ja, daß Kaufleute mehr verdienen als unieren, aber sie will mir weismachen, daß sie ihre Kostime im Kleider Markt

müssen, im Allgemeininteresse auf dieses Recht und fähig den Redakteur Oswald Doh (Demokrat, Volkspartei) vor. Mit 21 gegen 16 unabhängige Stimmen wurde Herr Doh gewählt.

**Neustadt a. N., 8. Jan.** (Die Milchkaufleute Speerllie.) Bei einem Wandtritt in Lütke, bei dem eben Wörten der Milchkaufleute vorführt, um die übliche Menge Milch nach der Molerei zu bringen, war die Karne entzweit gegangen. Das Mädchen holte nun eine Erlaubnis vom Boden herunter und gab die Milch hinein. In der Molerei kamen dann beim Entleeren der Karne — 75 000 Mark in Papiergeld zum Vorliegen. Der Wandtritt hatte die Karne als Sparteile beendet.

**Leipzig, 8. Jan.** (20 Millionen Reichsmark für die Leipziger Messe.) Für 1921 beantragt das Leipziger Messamt eine Erhöhung des Reichsmarkzuschusses, der 1917 und 1918 je 700 000 Mk., 1919 1,2 Mill. Mk., und 1920 2 Mill. Mk. betrug, auf 20 Mill. Mk. Diese Summe soll ausschließlich der Auslandspropaganda dienen. 1917 herausgab das Messamt während des Krieges nur in einem Teil des Ertrags aus Auslands möglich war. Seitdem ist der Marktort auf ein Zehntel gesunken, die Kosten für Zeitungsinserate, Personal, Reisen usw. im Ausland sind aber mindestens um das Dreifache gestiegen; schon die halbe Million von ehemals würde daher heute einen Aufwand von 15 Mill. Mk. entprechen. Nach dem Friedensschluss aber erstritten sich Möglichkeiten und Pflicht zur Auslandspropaganda auf die ganze Welt, vor allem auf Uebersee. Ein mindliches gleich hoher Betrag wie der des erhöhten Reichsmarkzuschusses soll durch die an der Messe direkt interessierten Faktoren aufgebracht werden.

## Zigarettegleichnisse.

Die Tabakzeitung „Zigaretten- und Zigaretten-Verstärker“ veröffentlicht in ihrer Neujahrsausgabe eine Reihe wirklich beachtenswerter Zigarettegleichnisse, von denen wir die folgenden wiedergeben:

1. Zigaretten sind wie gute Ehefrauen; sie hängen glühend am Munde des Mannes.
2. Zigaretten sind wie Bühnen-Kostüme; man bezahlt sie teuer und hält sie für gut, wenn sie von einem bekannten Theaterleiter herkommen.
3. Zigaretten sind wie Theatertragnanten; sie machen einem blauen Dunst vor und sind teuer.
4. Zigaretten sind wie Hausfrauen; sie taugen nicht viel, wenn sie immerfort ausgehen.
5. Zigaretten sind wie Liebesbäume; man weiß niemals genau, ob sie edel sind.
6. Zigaretten sind wie Feuer; die Ausstattung ist oft prachtvoll, aber der Inhalt taugt oft nicht viel.
7. Zigaretten sind wie wichtige Entscheidungsgänge; sie müssen abgelegt und nicht behandelt werden.
8. Zigaretten werden meist so beurteilt, wie man Frauen beurteilt; nach der Außenseite; innen heißt oft der beste Zehat, aber wegen des Deckblattes allein bestimmt man sie oft.
9. Zigaretten sind wie Knöpfe; es muß immer etwas abgekratzt werden, wenn sie drauher sein sollen.
10. Zigaretten sind wie Menschen; so schwer zu behandeln, so leicht zu verletzen.
11. Zigaretten sind wie Bühnenfünfsüßler; man muß ihnen die richtigen Formen beibringen, solange sie noch jung und grün sind.
12. Die Zigarette ist wie eine Geliebte; wenn man aufhört, für sie anzulegen zu sein, erlischt ihre Glut sehr bald.

## Hochschulnachrichten.

Der Ordinarius der Botanik an der Marburger Universität, Direktor des botanischen Gartens, des botanischen und pharmakologischen Instituts, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Arthur Reyer, ist am 1. April 1921 von den amtlichen Verpflichtungen entbunden worden. — Professor Dr. Erwin Schrödinger in Stuttgart hat den Ruf auf den Lehrstuhl der Physik an der Universität Kiel als Nachfolger von Prof. G. Rabelein abgelehnt, hingegen ist er einer Berufung an die Breslauer Universität an Stelle von Prof. C. Schäfer; wie wir weiter hören, wurde der Kieler Lehrstuhl dem Privatdozenten an der Technischen Hochschule in München Dr. Walter R o s e l l e angeboten. — Der bekannte Vertreter der neueren Philosophie an der Berliner Universität Geh. Hofrat Prof. Dr. Otto von Guericke ist im Ende März 1921 von den amtlichen Verpflichtungen entbunden worden.

arbeiten lasse, daß sie drei Dienstmädchen halte und daß die Kinder jeden Abend Eier, Butter und Kaffee bekämen. Weißt du, mir, ausgerechnet mir, die sich in Geddingen daß so gut ausseht...“

## Vom städtischen Museum.

Gefahr im Verzug.

Die Gedächtnis, die seit einigen Wochen in der Stadt über das städtische Museum im Umlauf sind, nehmen leider feste Gestalt an. Die Stadt will mit dem allgemeinen Abbau bei dem städtischen Museum beginnen.

Trotzdem das Museum einen jährlichen Zuschuß von nur etwas über 80 000 Mark erfordert, liegt es auf bedeutender künstlerischer Höhe. Dem jetzigen Direktor Dr. Wurfhard Reier und seinem Vorgänger Dr. Sauerland, dem jetzigen Hamburger Museumsdirektor, ist es geglückt, durch ungemün gelächte Operationen mit äußerster geringer Wirteln kostbare Schätze nach Halle zu bringen. Durch Ungewöhnung und Neuordnungen im Museum haben sie es verstanden dem Institut das Ansehen zu geben, das der Stadt Halle entpricht.

Wie ernst es dem Magistrat mit dem Museumsabbau ist, geht daraus hervor, daß man den Vertrag mit Direktor Dr. Wurfhard Reier, der im Februar dieses Jahres abläuft, nicht erneuert hat. Man läßt also diesen tüchtigen jungen Direktor, dessen Wirken im ganzen Deutschen Reich anerkannt wurde, ruhigen Herzens gehen. Wegen die Pflicht aber, den Posten im Nebenamt von einem Reichstagsmann zu besetzen, muß im Interesse der Kunst energig protestiert werden. Es gibt Höfen, die unbelohnt höchste verdienen. Wir werden auf diese Angelegenheit im lokalen Teil nach auszufommen